Bulgarische Wutbürger | 3
Seit einem Monat demonstriert das aufgebrachte Bürgertum jeden Tag

Foto: dpa/Yoan Valat

Beruf statt Doping | 12
Radsportmanager Jörg Werner gibt Athleten eine Perspektive

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

das wochen nd
Lichter der Nacht: Berliner Spätis

Sonnabend/Sonntag, 13./14. Juli 2013 68. Jahrgang/Nr. 161 • Berlinausgabe 1,90 €
*

Marsch soll Mursi Macht wiedergeben

Muslimbrüder machen in Kairo weiter mobil

Kairo (Agenturen/nd). Zu Zehntausenden strömten am Freitag Anhänger des ehemaligen Präsidenten Mohammed Mursi in Kairo zusammen. Zehn Tage nach dessen Sturz durch das Militär wollten sie der Welt mit einem »Millionen-Menschen-Marsch« zeigen, dass sie die Massen und das Recht auf ihrer Seite haben. Die Bühne für die Hauptkundgebung vor der Raba-al-Adawija-Moschee im Außenbezirk Nasr City zierten neben arabischen auch englische Transparente: »Pro-Democracy« und »Anti-Coup«. »Die Armee – und sie ist die letzte Institution, von der ich das erwartet hätte – hat die legitime Ordnung angegriffen«, rief einer der zahlreichen Redner in die Menge. Die Muslimbrüder und ihre islamistischen Verbündeten in der Allianz zur Unterstützung der Legitimität sehen in der Entmachtung Mursis einen Militärputsch.

In den Augen seiner Kritiker hat Mursi bei der Lösung der Probleme versagt und eine Islamisierung des Staates betrieben. Doch zugleich war er vor mehr als einem Jahr demokratisch gewählt worden. Es ist jedoch fraglich, ob die Großdemonstrationen die Entwicklung rückgängig machen können. Das Militär und die zivilen Politiker, die den Umsturz mittragen, schaffen Tatsachen. Auch Mursis Gegner versammelten sich am Freitag in Kairo. Adli Mansur, der Übergangspräsident, hat bereits eine Deklaration erlassen, die einen Fahrplan zu Parlamentswahlen innerhalb von rund sechs Monaten enthält. *Seite 7*

Unten links

Gestern war an dieser Stelle die Rede von Osama bin Laden (†) und George W. Bush und deren gemeinsamer Vorliebe für **Cowboyhüte**. Die Sache hat indes noch einen nicht zu unterschätzenden theoretischen Aspekt: Der Hut ist laut Wikipedia »eine Kopfbedeckung, die sich durch die feste Form und die umlaufende Krempe von einer Mütze unterscheidet. Verläuft dieser Rand um den Hut nicht ganz um den Kopf, spricht man von einer ›Kappe‹.« Das klingt etwas verwirrend, macht aber deutlich, dass man bei Bin Laden und Bush nicht von »gleichen Brüdern« sprechen kann. Denn diese haben bekanntlich »gleiche Kappen«. Bei »gleichen Hüten« allerdings von »ungleichen Brüdern« zu sprechen, macht gleichfalls wenig Sinn. Das Gleichheitsprinzip ist hier offenbar nur bedingt anwendbar. Vielleicht griffen die beiden auch nur deshalb zum Cowboyhut, weil es ihnen so ging wie dem Schlagersänger Will Brandes: Sie hatten einfach »keinen Zylinder, der mir passt«. Wallera! *ibo*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940

Der gute Verrat

Geheimdienst-Whistleblower Edward Snowden beantragt Asyl in Russland

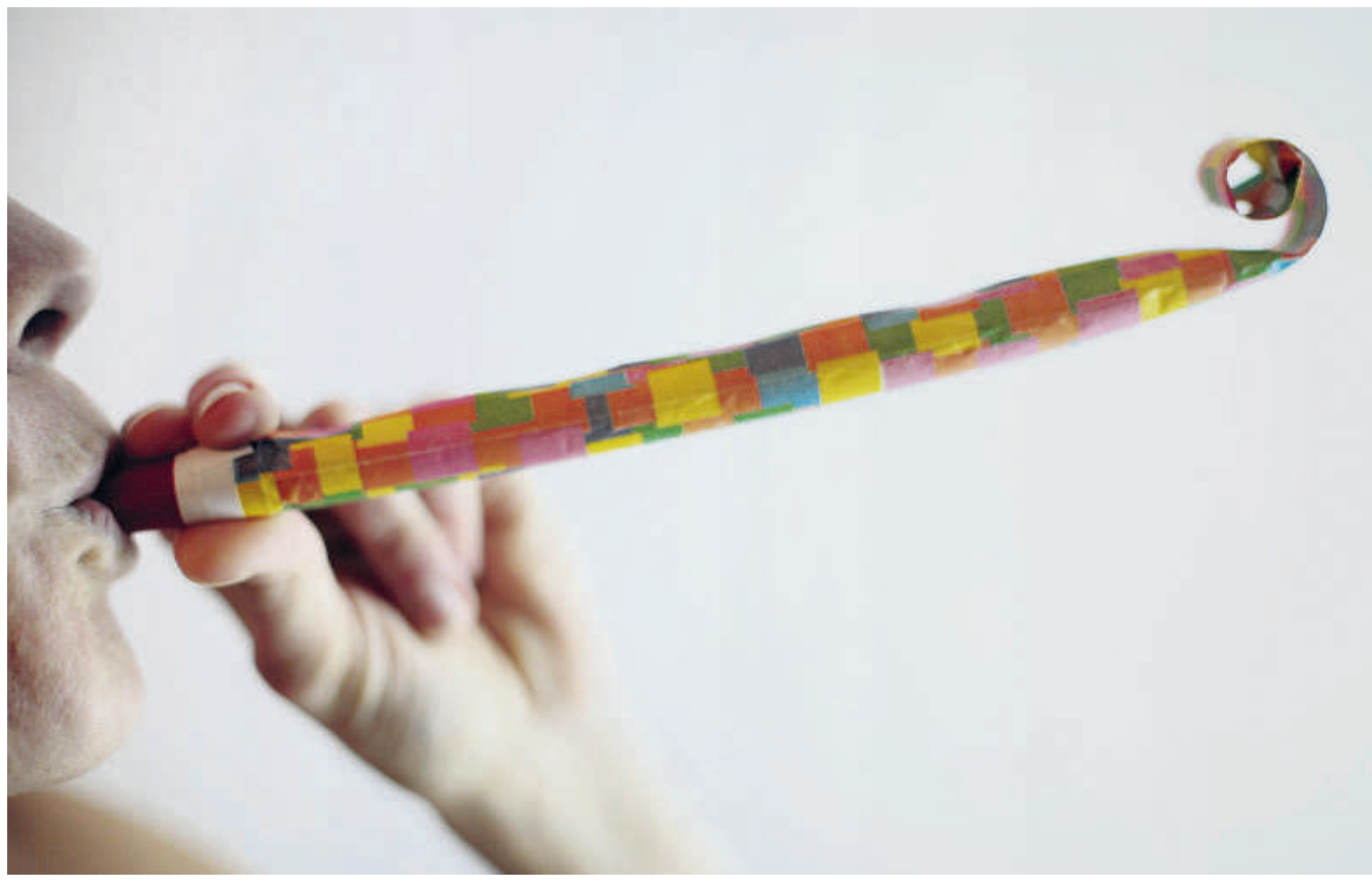

Foto: photocase/inkje

Berlin (nd). Seit der ehemalige CIA-Mitarbeiter Edward Snowden Fakten über das gigantische Ausmaß geheimdienstlicher Datenschnüffelei enthüllt hat, wird über Whistleblower und ihren Schutz diskutiert. Snowden lieferte »große Mengen hieb- und stichfester Beweise« für die Massenbespitzelung, die »auch von den glühendsten Atlantikern nicht länger ignoriert werden« könnten, meint der Geheimdienstexperten Rainer Rupp in einem Beitrag für »nd«. Der Publizist Wolfgang Michal schreibt über den Umgang der Medien mit Enthüllungen im Spannungsfeld zwischen Aufklärung und Auflage. Literaturkritiker Florian Schmid analysiert den Verrat als radikalen Bruch mit dem herrschenden System.

Derweil beantragte Edward Snowden am Freitag Asyl in Russland. Der US-Amerikaner hat sich offenbar zu diesem Schritt entschlossen, weil eine Ausreise aus Russland schwierig und ein Flug nach Lateinamerika gefährlich erscheinen. Russlands Regierung erneuerte die Bedingung, Snowden müsse die Enthüllungen über westliche Geheimdienste einstellen.

Bisher scheint allerdings für Enthüllungsnachschub gesorgt zu sein: Die britische Zeitung »Guardian« berichtet auf der Grundlage von Dokumenten aus der Hand Snowdens über die Zusammenarbeit des Software-Konzerns Microsoft mit US-Geheimdiensten. Diesen sei der Zugang zu Nutzerdaten von Internetprogrammen ermöglicht worden.

Tagesthema Seite 2, Seiten W2, 3, 6

Drag Queens können kommen

Rostocks OB dementiert drakonische Auflagen für »Christopher Street Day«

Von Velten Schäfer

Im Internet braute sich am Freitag die Aufregung zusammen: Rostock sabotiere durch Auflagen die Durchführung des »Christopher Street Day« am kommenden Wochenende. Alles nur ein Kommunikationsproblem, heißt es dagegen bei der Stadt. Die Veranstaltung werde stattfinden wie immer.

»Ich bin mir sicher, dass auch in diesem Jahr der Christopher Street Day in Rostock laut und bunt sein wird«, erklärte Rostocks Oberbürgermeister Roland Methling gestern Nachmittag. »Wir freuen uns auf ein buntes Fest am 20. Juli 2013 in der Rostocker Innenstadt und haben keine Zweifel, dass der Christopher Street Day 2013 in Rostock an den Erfolg der Veranstaltungen in den Vorjahren anknüpfen kann.« Schon am Montag sollen sieben Regenbogenfahnen vor dem Rathaus aufgezogen werden, um »Werbung für diese für unsere Stadt so wichtige Veranstaltung zu machen«. Alle »Missverständnisse zu dem von der Ordnungsbehörde erteilten Bescheid« seien am Freitagnachmittag »gemeinsam mit den Veranstaltern« ausgeräumt worden.

Der Normalverlauf wird hier zur Nachricht, weil der Bescheid des Ordnungsamtes offenbar tatsächlich zu Missverständnissen herausforderte. Die Veranstalter des Rostocker CSD, der seit Jahren Tausende Besucherinnen und Besucher anzieht und eine der größten Veranstaltungen dieser Art im Norden und Osten ist, hatten sich Mitte der Woche an die Presse gewandt, weil ihrer Auslegung nach die städtischen Auflagen eine Durchführung der Veranstaltung gefährdeten.

»Wir dürfen keine Musik mehr abspielen, keine Bänke auf dem Neuen Markt aufstellen oder Getränke anbieten«, hatten Zeitungen Mathias Luther vom Vorstand des Organisationsvereins zitiert. Diese Auflagen und das Verbot, sich bis zur Unkenntlichkeit zu verkleiden, hatte nicht nur in sozialen Medien für Entrüstung gesorgt, das schwullesbische Portal queer.de sprach von einem »Drag-Queen-Verbot«. Aktivistinnen hatten angekündigt, sich demonstrativ festnehmen zu lassen.

Nachdem sich auch Politiker wie Volker Beck (Grüne) und Klaus Lederer (LINKE) einschalteten und von »russischen Verhältnissen« die Rede war, beeilte sich die Stadt, die Affäre wieder einzufangen. Sprecher Ulrich Kunze sieht einen »Sturm im Wasserglas«. Es seien lediglich Auflagen ausgesprochen worden, »wie sie analog auch bei allen anderen Aufzügen und Versammlungen angewendet werden«, heißt es in der Erklärung des Bürgermeisters. Das kolportierte Alkoholverbot etwa beziehe sich nur auf die Parade selbst, die Auflagen zur Beschallung der Veranstaltung seien »erläutert« worden, sie stellten »keinerlei Einschränkung« der Praxis in den Vorjahren dar.

Bei der Parade soll nicht nur gefeiert werden. Auf der Agenda steht die Forderung nach Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben – wie schon bei anderen CSD-Events der Saison. Ein Thema, das noch immer heikel scheint, wie nicht nur das Gezerre um einen Ausschluss der CDU vom Berliner CSD zeigte, sondern auch die Begleitmusik bei kleineren Veranstaltungen. Zum Beispiel im schleswig-holsteinischen Neumünster: Dort hatte sich ausgerechnet der Schirmherr der Veranstaltung – ein CDU-Bundestagsabgeordneter – öffentlich gegen volle Eherechte für gleichgeschlechtliche Paare ausgesprochen.

Was unter dem Strich von dem Affärchen bleibt, ist eine ganz andere Erkenntnis: Wer sich die Auflagen, die in diesem Land routinemäßig für politische Aufzüge verhängt werden, einmal etwas zu genau durchliest, der kann schon einen Riesenschreck bekommen.

das wochen nd

REPORTAGE
Erholung für Mütter und ihre Kinder W1

FORUM
Eine Ideologin: Elisabeth Noelle-Neumann W5

DEBATTE
Nacktprotest: Feministisch oder falsch W11

Gastkolumne

Naturschutz ist kein Luxusthema

Von Olaf Tschimpke

Das Bundesamt für Naturschutz besteht in seiner jetzigen Form seit genau 20 Jahren. Glückwunsch! Vieles ist in diesen zwei Jahrzehnten im Naturschutz in Deutschland erreicht worden – man denke nur an die Sicherung und den Ausbau der deutschen Großschutzgebiete durch den Impuls des Nationalparkprogramms der DDR von 1990. Das Bundesamt leistete mit seinem Förderprogramm für »Landschaften von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung« einen wichtigen Beitrag.

Weitere Meilensteine in dieser Zeit waren die Identifizierung und Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten, die im parteiübergreifenden Konsens errungene Sicherung des Nationalen Naturerbes, die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt und zuletzt das Bundesprogramm Biologische Vielfalt. Zu den wichtigsten Erfolgen gehört jedoch, dass der Naturschutz heute fest im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist, während er damals nur am Rand wahrgenommen wurde.

Mit dem wachsenden öffentlichen Bewusstsein für die Notwendigkeit von Naturschutz ging jedoch keine Verbesserung der Situation der Natur einher. Im Gegenteil! Mancher meint, je schlechter es der Natur gehe, um so besser gehe es dem Naturschutz. Je mehr Menschen vom Verlust intakter Natur betroffen sind, desto stärker wächst das Bedürfnis, diesen Trend aufzuhalten. Aber oft ist es dann zu spät. Das Sterben von Populationen und Arten – es verläuft unmerklich und lautlos – wird in einer gleichgültigen Gesellschaft nicht einmal bemerkt. Das Bemerken reicht aber nicht aus, es bedarf einer Betroffenheit. Trotz aller Erfolge ist die Betroffenheit über den Verlust von Natur noch unzureichend – das ist das Dilemma.

Olaf Tschimpke
Der Diplom-Geograf, Jahrgang 1955, ist seit 2003 Präsident des Naturschutzbund Deutschland (NABU).

Foto: imago/Caro

Auch in der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik wird Naturschutz immer noch nicht angemessen berücksichtigt. So kann Naturschutzpolitik nicht erfolgreich sein. Zu den größten aktuellen Herausforderungen zählen nach wie vor die Ökologisierung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und eine naturverträgliche Energiewende. Noch immer fließt der überwiegende Teil staatlicher Subventionen in umweltschädliche Bereiche wie die intensive Landwirtschaft und den Ausbau der Infrastruktur. Das Einsparen von Energie kommt nicht voran und auch die Ausweitung vorhandener Nachhaltigkeitsverordnungen auf alle Formen der Biomasse lässt weiter auf sich warten.

Natur braucht uns Menschen nicht – wir Menschen sind es, die die Natur brauchen. Das klingt banal und wird oft zitiert, aber wir verhalten uns nicht danach. Der Mensch steht im Mittelpunkt des Naturschutzes, er ist es, für den Naturschutz erforderlich ist. Was wir brauchen, ist eine Veränderung der Prioritäten im politischen Koordinatensystem! Naturschutz darf nicht länger als ein Luxusthema betrachtet werden, dem man sich dann zuwendet, wenn die gravierendsten aktuellen Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelöst sind. Erst wenn wir Naturschutz begreifen als die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, wenn wir ihn als ressortübergreifenden Anspruch verstehen, nach uns kommenden Generationen nicht die Chance auf eine lebenswerte Zukunft zu nehmen – erst dann wird Naturschutz auch erfolgreich in der Natur zu sehen sein.